

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Vertriebsgebiet für den Bezirk Nagold und für Ultensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Im Monat Januar 550 Mk., mit Postgebühren 600 Mk., bezugsweise 600 Mk. | Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über dem Raum 40 Mk., die Rückseite 100 Mk. Mindestbetrag bei Nichterhalten der Zeitung infolge Abwesenheit oder Betriebsänderung besteht kein Anspruch auf Rückzahlung. | Einzelheft 150 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt einfüllig.

Nr. 25.

Montag, Mittwoch den 31. Januar.

Jahrgang 1918

An die Zeitungsleser in Württemberg!

Das Zeitungsdruckpapier, das im Januar bis auf 600 Mk. für ein Kilo, also auf annähernd das 2700fache der Vorkriegszeit, gestiegen war, wird durch die infolge der Ruhrbesetzung erhebliche fortgeschrittene Geldentwertung und die damit zusammenhängende enorme Steigerung der Holzpreise, Kohlenpreise, Frachtenpreise, Löhne und Gehälter eine erneute Verteuerung in einem Ausmaß erfahren, wie sie bis jetzt nicht annähernd dagewesen ist. Dabei werden die Holzpreise weiter in der unerhörtesten Weise hinaufgetrieben, so daß es heute in Deutschland nicht gibt, was annähernd so teuer ist, wie das Holz.

Die übrigen Herstellungs- und Betriebskosten der Zeitungen bürden den Verlegern Lasten auf, unter denen sie bestimmt zusammenbrechen müßten, wenn sie nicht wenigstens einen Ausgleich der entstehenden reinen Mehrkosten herbeiführen würden. Es bleibt den Zeitungsverlegern nichts anderes übrig, als die Verkaufs- und Anzeigerpreise wiederum zu erhöhen.

Es ist wirklich eine verzweiflungsvolle Lage, in der sich die Zeitungen befinden, während sich andererseits gerade in diesen Tagen, in denen es sich um Sein oder Nichtsein Deutschlands handelt, zeigt, daß die deutsche Presse als wertvollste Waffe im Kampf gegen eine schändliche Fremdherrschaft nicht entbehrt werden kann. Es darf deshalb auch zu der württembergischen Verleserschaft das Vertrauen gehegt werden, daß sie unter einseitigster Würdigung der bestehenden Schwierigkeiten ihren Zeitungen in jeder Hinsicht die Treue bewahren werden.

Der Vorstand des Vereins Württ. Zeitungsverleger.

Der Bezugspreis der Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ muß auf Grund des geschätzten monatlichen Anwachses der Leserschaft auf 1200 Mark festgesetzt werden. — Im Verhältnis ein niedriger Preis, wenn man in Betracht zieht, daß andere Zeitungen 2000 Mk. monatlich kosten.

Die beginnende Schreckensherrschaft.

Was an der Ruhr vorgeht, soll eine „wirtschaftliche Wahnvorstellung“ und eine „friedliche Aktion“ sein. In Wirklichkeit ist es der Anfang einer Schreckensherrschaft der Franzosen, der Beginn der „Franzosenverfolgung“. Davas berichtet, daß eine neue Phase im Kampf um das Ruhrgebiet eingeleitet habe, die mit dem „energischeren Vorgehen“. In der Tat zeigt sich das schon seit einigen Tagen. Antisemitismen, Ausweisungen, Verhaftungen, Verschleppungen von leitenden höheren Reichs- und Kommunalbeamten, und jetzt der seit Montag verhängte Belagerungszustand sind Zeichen für die einsetzende schärfere Methode. Es ist grenzenlos, und es widerspricht jeder Menschlichkeit, wie die Franzosen in den einzelnen Fällen verfahren. Eine Schreckensherrschaft wird aufgerichtet, die weder auf Frauen und Kinder, noch auf Greise und Kranke Rücksicht nimmt. So wurden in Essen die meisten Krankenhäuser beschlagnahmt und mußten für Franzosen geräumt werden. Die Erhebung des deutschen Post- und Telegraphenpersonals durch französische Beamte ist eingeleitet. Die Zollgrenze ist allerdings noch nicht errichtet, weil sie sich eben nicht so leicht durchzuführen läßt.

Die französischen Blätter gestehen den Mißerfolg der Ruhrbesetzung in wirtschaftlicher Beziehung zu. Weder Kohlenzüge noch Schiffsladungen sind bisher von einiger Bedeutung nach Frankreich geschafft worden. Die Entlassung darüber ist groß, die Erbitterung über den deutschen Widerstand noch höher, weshalb die französische Presse das Kriegsrecht fordert und die Parole ausgibt: „An die Mauer mit den Saboteuren!“ Das ist echte französische Brutalität.

Der deutsche Außenminister Dr. Rosenberg hat die wirtschaftliche Beschlagnahme der Franzosen dieser Tage einem neutralen Pressevertreter dahin erläutert: „In der Zeit bis zum 11. Januar, dem Tage des Einmarsches, erhielt Frankreich von uns täglich für rund 430 000 Goldmark Kohle und für rund 30 000 Goldmark Holz. Nach dem Einmarsch hat Frankreich zwar anfänglich unter schwersten Eingriffen in das Privateigentum täglich für rund 800 000 Goldmark Kohle erhalten, jetzt geht aber keine Kohle mehr nach Frankreich und ebenso wenig Holz. Dafür entziehen Frankreich, wenn man die Besatzungsmacht — wahrscheinlich zu niedrig —

auf 50 000 Mann einwagt, an wehrkosten für die Verwendung seiner Truppen im Ruhrgebiet rund eine Viertelmillion Goldmark täglich. Dazu kommen noch die Ausgaben, die die Ruhraktion der französischen Volkswirtschaft verursacht und die Schädigungen, die der französischen Industrie durch die Unterbrechung des Kohlenflusses zugefügt werden. Unter dem Druck der Bojonetten wird aber der deutsche Arbeiter keine Kohlen fördern. Wenn man glaubt, uns durch einen inneren Krieg von Verurteilungen und Ausweisungen und von Beschlagnahmungen mirde zu machen, so täuscht man sich.“

Und die ganze Ueberspannung der französischen Dabziger, die sich jetzt an der Ruhr so deutlich zeigt, wird durch die Geschichte des Versailler Vertrages und die Reparationen in den letzten Jahren beleuchtet. Es ergibt sich dabei zugleich, wie Frankreich durch seine rücksichtslose Selbstsucht sich selbst geschädigt hat: 1919 beim Friedensschluß bot Deutschland 200 Milliarden Kriegsschadigung an, man forderte 375; 1920 forderte man 269, Deutschland bot etwa 100; 1921, als der Wiederherstellungsausschuß endlich dem Vertrage gemäß die Entschädigungssumme festsetzte, waren es noch 132 Milliarden, Deutschland bot 50; und 1922, als die Verbändmächte nur noch 50 forderten, erklärte Deutschland, gestützt auf eine Bescheinigung der Londoner Bankwelt, es könne überhaupt nicht mehr zahlen, bedürfe vielmehr einer langen Schonzeit und obendrein einer beträchtlichen Anleihe. Es war nun doch sicherlich nicht der böse Wille Deutschlands, der seine Gegner veranlaßte, ihre Forderung Stufe um Stufe zu erniedern, sondern die unabwieslich wachsende Erkenntnis der wirtschaftlichen Notwendigkeit, und als dann schließlich nach den gescheiterten Konferenzen von London und Paris, England, Italien und Amerika so geräuschvoll von Frankreich abrückten, geschah das gewiß nicht der schönen Augen Deutschlands wegen, sondern in der selbstlichen Erwägung, daß das französische Verfahren sie auch um den Rest der Beute bringen werde, auf den sie noch hoffen durften. Denn wir Deutsche sollten uns keiner Täuschung hingeben: alle unsere Gegner befehlen auf ihrem Schein, auf dem Versailler Vertrag, mit Ausnahme Amerikas, das ihn nicht unterzeichnet hat, und alle, auch Amerika, beharrten darauf, daß wir allein die Schuld am Kriege trügen, denn wenn ihm diese Grundlage entzogen wäre, würde das Versailler Friedensgebäude zusammenbrechen.

Nun sucht Frankreich wieder das Lügenhaus des Gewaltfriedens von Versailles zu retten und sich seinen Anteil am Raub zu sichern. Die Schreckensherrschaft an der Ruhr wird die Nervensprobe bringen müssen, wer länger durchhält: die Deutschen in Abwehr und Leiden oder die Franzosen mit Bojonetten und Gewalttaten gegen ein wehrloses, friedfertiges Volk. Nur unser Sieg kann den wahren Frieden bringen.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Dortmund, 30. Jan. Ueber das Ruhrgebiet ist am Montag der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden. Wegen die Sabotage bei Post und Eisenbahn wird nach der Verordnung mit Waffengewalt vorgegangen werden. Alle Versammlungen bedürfen der besonderen Genehmigung der Besatzungsbehörde, ebenso Gehen Zeitungen, Theater und Kinos unter Zensur.

Düsseldorf, 30. Jan. Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen aller Richtungen faßten folgende Entschliessung: „Die von den Besatzungstruppen vorgenommenen Verhaftungen zahlreicher Reichs- und Staatsbeamten können die Gewerkschaften in ihrem bisherigen Verhalten nicht irre machen. Diese Maßnahmen sind vielmehr geeignet, den Widerstand bis zum äußersten zu steigern. Die Gewerkschaften werden jedenfalls wie bisher alles aufbieten, daß die Franzosen ihr Ziel nicht erreichen.“

Mainz, 30. Jan. Der Mainzer Hauptbahnhof wurde durch eine Abteilung französischer Eisenbahner besetzt. Die Beamten erhoben sofort Protest und erklärten, den Betrieb einzustellen, wenn die Besatzung, die sich auch auf sämtliche Stellwerke erstreckt, nicht zurückgezogen wird.

Durch Eingriffe der Besatzung ist in dem Industriegebiet außer dem Eisenbahnverkehr auch der Fernsprechverkehr in wesentlichem Maße lahmgelegt worden.

Der Oberbürgermeister von Duisburg, Dr. Garres, erhielt ebenfalls den Ausweisungsbefehl.

Ein neues Verkehrsverbot an die Eisenbahnen.

Berlin, 30. Jan. Der Reichsverkehrsminister hat in einem Erlaß die Beförderung von Kohlen oder Holz jeder Art nach Frankreich und Belgien verboten, ebenso Truppentransporte und Nachschübe, insbesondere Militärtransporte im neu besetzten Gebiet. Das Zusammenarbeiten mit französischem und belgischem Eisenbahnpersonal auf deutschen Strecken wird untersagt. Nur den Befehlen der deutschen Behörden ist Folge zu leisten.

Herzlose Gewaltpolitik.

Dortmund, 30. Jan. Nach der Festnahme der hier von den Franzosen verhafteten Beamten wurden sie im Auto nach Dorfeld in eine Wirtschaft gebracht, wo gegen den Polizeipräsidenten Brandt, den Präsidenten der Oberpostdirektion in Dortmund, Oberpoststrat Hüffel, und den Oberbahnhofsverwalter Wörmer eine mehrstündige Verhandlung stattfand. Das Ergebnis der Verhandlung war, daß alle sofort aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen werden sind. Die Verabschiedung von den Familien wurde nicht gestattet.

Kein Gruß der französischen Fahnen.

Berlin, 30. Jan. Der preussische Minister des Innern hat an den Regierungspräsidenten in Münster folgenden Erlaß gerichtet: „In Anbetracht des völkerverwundlichen Vorgehens der Franzosen und der Belgier gegen die Bevölkerung und Beamten des neu besetzten rheinisch-westfälischen Industriegebietes wird sämtlichen Beamten der Polizei, mit Einschluß der Landjäger, verboten, die Offiziere und Fahnen fremder Heere zu grüßen.“

Mit vorgehaltenem Revolver zum Fahren gezwungen.

Koblenz, 30. Jan. Der Verkehr aus dem Ruhrgebiet nach dem Westen und Süden ist vollständig unterbunden, da die Eisenbahnen hier zum größten Teil in den Ausfall getreten sind und den Franzosen viel zu schaffen machen. Unserheimisch liegt der Personen- und Güterverkehr vollständig still. An verschiedenen Orten wurde das Lokomotivpersonal, das deutsche Lebensmittelzüge befördert, mit vorgehaltenem Revolver gezwungen, französische Transporte zu fahren. Auf die Drohung der Eisenbahner in Mainz, bei Nichtzurückziehung der Truppen die Arbeit einzustellen, wurden die Truppen zurückgezogen.

Ueber 100 Beamte ausgewiesen.

Koblenz, 30. Jan. Im ganzen sind bis jetzt über 100 Beamte allein aus dem altbesetzten Gebiet mit Familien ausgewiesen worden. Neuerdings wurden auch zehn Bürgermeister aus Orten der Umgebung von Koblenz aus ihrem Amte enthoben.

Französischer Vandalismus.

Essen, 30. Jan. Hier waren bekanntlich beim Einmarsch der Franzosen 18 Schulen mit Militär belegt worden. Nachdem die Truppen weiter transportiert worden sind, sind die Schulen in trostlosem Zustand zurückgelassen worden. Die ganz neuen Bänke waren zerfetzt und zum Feueranzünden verwendet worden; die Schulzimmer in höchstem Grade verunreinigt und die Klosetts mit Weißbrot verstopft worden.

Neuer Nord.

Hochum, 30. Jan. In Herbeck-Dorsten wurde ein Zugschaffner von französischen Soldaten erschossen. Bis zur Mittagzeit war in Hochum äußerlich die Lage ruhig, obwohl die Verhängung des verschärfsten Belagerungszustandes große Unruhe hervorgerufen hat.

Drohungen Poincares.

Paris, 30. Jan. Poincare erklärte amerikanischen Pressekorrespondenten gegenüber, Frankreich habe nicht die Absicht, das Ruhrgebiet zu annektieren, um die notwendigen Kohlen für die Eisenbahn und die Industrie in Lothringen herauszuholen. Er unterstreichte jedoch die Tatsache, daß die französische Armee so lange deutsches Gebiet besetzen werde, bis das Deutsche Reich seine Reparationsverpflichtungen gemäß dem Versailler Friedensvertrag erfüllt habe. Die Ruhr ist ein weiteres Pfand von gleicher Art wie die Rheinlande. Wenn Deutschland mit den Zahlungen beginnt und mit den Lieferungen fortfährt, wie sie ausgemacht wurden, werden die französischen und belgischen Truppen sich aus dem Ruhrgebiet zurückziehen und 15 Jahre, nachdem der Ausführung der Vertragsbestimmungen begonnen wurde, wird auch das linke Rheinufer geräumt werden. Die Pfandnahme wird also solange dauern, bis Deutschland bezahlt hat. Es können fünf Jahre verstreichen, bevor genügend Beweise der Aufrichtigkeit, Reparationen zu zahlen, seitens des Deutschen Reiches gegeben wurden.

Neues vom Saee.

Die Vorkänge in Bayern.

München, 30. Jan. Der Innenminister Dr. Schweyer veröffentlicht eine Bekanntmachung, um den Unrichtigkeiten und Missverständnissen entgegenzutreten, mit denen die Vorkänge bei der Verhängung des Ausnahmezustandes in der Öffentlichkeit erörtert werden. Die Politik der nationalsozialistischen Arbeiterpartei habe sich bei der Aufhebung der Versammlungen und im weiteren Verlauf der Parteitagung verschiedene ordnungswidrige Handlungen zuschulden kommen lassen. Unter diesen Umständen steht sich der Generalkommissar für Bayern, den Staatskommissaren dringend zu empfehlen, bis auf weiteres öffentliche Versammlungen und sonstige Kundgebungen der nationalsozialistischen Arbeiterpartei nicht zu genehmigen. Im übrigen ist Dr. Schweyer nicht zurückgetreten, wie dies gemeldet wurde.

Nachtritt der sächsischen Regierung.

Dresden, 30. Jan. Der Landtag hat in seiner Dienstag-Sitzung den kommunistischen Antrag, dem Minister des Innern Lipinski das Vertrauen zu entziehen, mit 54 Stimmen der bürgerlichen Parteien und Kommunisten gegen 39 Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Nach Verkündung des Ergebnisses gab Ministerpräsident Bue eine Erklärung ab, daß er in Übereinstimmung mit seinen Ministerkollegen das ihm vom Landtag übertragene Amt als Ministerpräsident in die Hände des Landtags zurücklege. Die Regierung sei bereit, bis zur Bildung der neuen Regierung die Geschäfte weiterzuführen.

Nähet sich der Völkerverbund?

Paris, 30. Jan. Habas berichtet: Man verläßt in Kreisen des Völkerverbundes, im Verlaufe der eröffneten Session des Völkerverbundes werde das Reparationsproblem außerhalb der offiziellen Sitzungen Gegenstand eines Meinungsaustausches zwischen den Vertretern der teilnehmenden Staaten sein.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 30. Jan. Mit einem energischen, würdigen Protest des Vizepräsidenten Pflüger und des Staatspräsidenten Dr. Hieber gegen die Vergewaltigung des Ruhrgebietes hat der Landtag seine Vollversammlung in der ersten Sitzung, die erste im neuen Jahr, eröffnet. Der Wortlaut dieser Protestreden wird nachgetragen. Nach Beantwortung verschiedener kleiner Anfragen wurde das Statutgesetz, das außer einer Verlängerung des laufenden Staatshaushalts bis zum 31. März dieses Jahres auch für die Grund-, Gebäu- und Gewerbesteuer mit Rücksicht auf die Geldwertveränderung einen Zuschlag von 400 Prozent vorsieht, in erster Lesung gegen den Widerspruch der Kommunisten genehmigt. Der Gegenentwurf über die Verlängerung der Frist zur freiwilligen Auflösung der Fideikommiss wurde ohne Debatte in sämtlichen drei Lesungen erledigt und verabschiedet. Der Gegenentwurf betr. den Gerichtsgemeinschaftsvertrag mit Preußen (Hohenzollern) ging zunächst an den staatsrechtlichen Ausschuss. Der 5. Antrag, der 5 Millionen Reichsmark fordert zur Erhöhung der Stammumlage des Staats bei der Würt. Kraftverkehrs-Gesellschaft fand ohne Debatte gegen die Stimmen der Rechten Zustimmung; ebenso auch der Gegenentwurf über eine 6. Änderung der Befehlungsordnung und dann auch der Antrag des Finanzausschusses betr. die Sonderzuschläge zu den Bezügen der Staatsbeamten an 6-jährigen teuren Orten. Am Mittwoch nachmittag wird das Statutgesetz erledigt; außerdem steht zur Beratung das Straßenerhaltungsgesetz, der Gegenentwurf über Volksbegehren und Volksabstimmung, ferner das Schul- und Impfgesetz bzw. die Gebührenerhöhung hierfür.

Kostenlos.

Die Kraft verleiht Gewalt, die Liebe leiht Macht.
M. v. Ebner-Eschenbach.

In des Lebens Mai.

Roman von Ant. Andrea.

(30) (Nachdruck verboten.)

„Donnerwetter!“ dachte Vite, „der hat es 'raus.“ Sie schaute ihn mit ihren Glanzaugen durch und durch. „Aber in der Kunst, besonders in der Malerei, tun Sie wohl nicht mit!“

„Reider nicht. Um so mehr liebe ich das Schöne, wo und wann es mir in den Weg kommt.“ versetzte er schwermütlich.

Vite legte ihren Arm in seinen und ließ sich von ihm an den Kaffeetisch führen.

„Wir werden uns verstehen.“ sagte Vite lustig. „Schönheitsfuss ist mehr wert als Kunstverständnis. Er ist das eigentlich Schöpferische in der Kunst.“

Am Ende des Tisches, halb verdeckt von dem Stamme einer alten Kastanie, die schon im Verblühen war, stand Oork und sah zu, wie Mumm Edel seinen Arm vor, während er mit allen Mitteln seiner paradoxen Beredsamkeit auf sie einwirkte. Es war das erste Mal, daß er das junge Mädchen in einem hellen Kleide sah. „Der hat das aufreibende Berliner Leben noch nicht anhaben können.“ dachte er, „ich in ihrem Anbilde weidend. Dann trat es vor und verneigte sich.“

„Bunden Sie sich nicht, gnädiges Fräulein, daß der Freundvollig hier aufgetaucht ist!“ sagte er. „Sollte Freund Mumm Ihnen indes beteuern, es wäre reiner Zufall, so brauchen Sie es mindestens nicht wörtlich zu nehmen.“

Edel bot ihm flüchtig die Hand. Neben dem geistreichen Mumm erschien er ihr nüchtern. Es störte sie fast, als er sich an der Tafel ihnen gegenüber setzte. Während er sich mit dem älteren Fräulein, das zum Vergnügen malte unterhielt, schien er fortwährend Edel zu beobachten. Einige Male machte er den Versuch, sich an ihrer Unterhaltung mit Mumm zu beteiligen, aber dieser nach ihm

Hilfe für das Ruhrgebiet!

Der Kampf, der im Ruhrgebiet gegen die Willkür unserer brutalen Feinde gekämpft wird, ist unser Kampf. Unsere deutschen Wälder im Ruhrgebiet tätige Hilfe zu bringen, sie in diesem Kampf zu unterstützen, ist unsere Pflicht.

Geldgaben nehmen die bekannt gegebenen Stellen, sowie die Geschäftsstelle des. W. entgegen.

Aus Stadt und Land.

Mittwoch, 31. Januar 1923.

* Der Verein württembergischer Holzinteressenten, der die Säge- und Holzhandlung in Württemberg und Hohenzollern umfaßt, hielt am 27. Januar in Stuttgart unter dem Vorsitz von C. Commerell-Höfner seine 5. Generalsammlung ab. Den Geschäftsbericht erstattete der Geschäftsführer Ewald Dr. Marx. Das Jahr 1922 hat die Holzwirtschaft in eine außerordentlich schwierige Lage gebracht. Die Rohholzpreise sind von Januar bis Dezember 1922 von 1200 bzw. 8000 Mk. in den verschiedenen Holzarten auf fast genau das Doppelte gestiegen. Die Ursachen waren die Entwertung der Mark, der immer schlimmer werdende Rohholzmangel, die Folgen sind großer Kapitalmangel, Stilllegung vieler Sägen und Entwertung der Betriebe in immer größerem Umfang. Die Einführung einer Zwangs- und Beschäftigungsgesetz gegen die Zusammenschluß gleichartiger Betriebe zu kapitalstärkeren Konzernunternehmen, wofür schon einzelne Vorkänge vorliegen. In umfassender Weise beschäftigt sich der Berichtsteller mit den Einzelheiten der Lage. Nicht am guten Willen der Holzwirtschaft habe es gefehlt, die Holzpreise zu senken, sondern einseitig am Rohholz, andererseits an der Unmöglichkeit, die Lieferungen zu den von der Entwertung angenommenen Preisen auszuführen, da dadurch die Reichsfinanzen in verdrängter Weise Schaden erlitten hätten. Nach dem Bruch des Berliner Vertrags durch den Einfall in das Ruhrgebiet habe die deutsche Regierung die weitere Holzlieferung für Frankreich und Belgien verboten, hat diesen aber hat Frankreich die unentgeltlichen Forsten mit Beschlag belegt und werde sie voraussichtlich an Belgien zu übertragen. Nur ein erfolgreicher Widerstand im Ruhrgebiet sei auch diesem französischen Holzraub gegenüber das einzige Mittel der Rettung, die Holzwirtschaft müsse sich an der Spitze für das Ruhrgebiet nachdrücklich betätigen, jedes „Gewicht“ soll pro Arbeiter 10 000 Mark und jede Holzhandlung 1 Prozent des Devisenumsatzes leisten. Der Geschäftsbericht befaßt sich weiter mit der Frage des wilden Handels im Holz; ein Antrag auf Einführung der Holzhandels- und Holzhandlungs-Gesetze haben. Der Sachverständigenrat, den der Verein aufgestellt habe, müsse allgemein durchgeföhrt werden, auch das Sachverständigenrat sei eine heute sehr wichtige Einrichtung. Weiter wurde betont die Verbindung der Frucht an das Laubgewicht, die Eise-dohntarifrager, Gebühren, die Bauholzlieferungen, die Holzverkaufsbekanntgaben, die zu erfüllen, die Zuträger, die Kontingentsverteilung, veränderte Gegenstände u. a. m. Mit dem Kauf zur Einigkeit schloß der Geschäftsbericht. Den Kassensbericht erstattete der bisherige Schatzmeister H. Hefeler-Karlsruhe, der infolge seines Rücktritts zum Ehrenmitglied ernannt wurde, zum Vorschlag beantragt der neue Schatzmeister H. Scheffold-Stuttgart die Wahlen Beitrag gegenüber 1922 zu erhöhen, was angenommen wurde. Ein Bericht über die Tätigkeit des Arbeitserhebungsverbandes erstattete Reichsrat Wolfendach-Freiburg, der die Lohnpolitik des verflochten Jahres in allen Ländern darstellte und mit seinen Wünschen allgemeine Zustimmung der Versammlung erzielte. Ein Vortrag des Herrn Springler-Freudenstadt über die Einlegung der eichenen Reserve in die Bilanz fand lebhaft Beachtung und bildete den Beschluß der durchweg anregend verlaufenen Versammlung.

— Steuernachlass für Kleinrentner. Das Landesfinanzamt weist auf die Vergünstigung hin, die für Kleinrentner mit geringem Einkommen — 100 bzw. 200 000 Mk. — in der Weise vorgesehen ist, daß die in einem Kalenderjahr entrichtete Kapitalertragssteuer auf die für das betreffende Rechnungsjahr geschuldete Einkommensteuer — voll bzw. zur Hälfte — angerechnet oder bar erstattet wird, sofern der Steuerpflichtige über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend behindert ist, seinen Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten. Weitere Voraussetzung für die Gewährung der Vergütung ist, daß sich das Einkommen hauptsächlich aus Kapital-

einkünften oder aus wartegeld, wunegeld, Witwen- und Pensionen, Renten, Leibgedingen und dergleichen zusammensetzt. Die Vergünstigung wird stets nur auf Antrag des Steuerpflichtigen gewährt. Die Anträge auf Anrechnung oder Erstattung der Kapitalertragssteuer für das Kalenderjahr 1922 sind schriftlich oder mündlich in der Zeit vom 1. bis 28. Februar 1923 bei dem Finanzamt einzureichen.

— Zur Eisenbahntarifserhöhung. Vom 1. Februar 1923 ab werden die Personen- und Gepäcktarife der deutschen Reichsbahn um 100 v. H. erhöht. Die Erhöhung wird im Weg der Verdoppelung der jetzigen abgerundeten Fahrpreise durchgeführt. Gleichzeitig wird die Entfernungen für die Berechnung der Mindestfahrpreise sowohl für die Einzel- als auch für die Zettelfarten von 11 auf 9 Kilometer herabgesetzt. Die Erhöhung erstreckt sich auch auf die Schnellzugzuschläge, Militärfahrpreise und die im Deutschen Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarif Teil II enthaltenen sonstigen Gebührensätze. Die Gebührensätze betragen vom 1. Februar 1923 ab 2 Mk. für je 10 Kilo und 1 Kilometer, mindestens 200 Mk.

— Geltungsdauer von Eisenbahnfahrkarten. Auch bei der zum 1. Februar bevorstehenden Fahrpreiserhöhung, bei der die jetzigen Fahrpreise verdoppelt werden, können z. B. die am 31. Januar geldlosen einfachen Fahrkarten noch bis zum 3. Februar weiterbenutzt werden.

— Ab 1. Februar weiterer Zugausfall. Zum Zweck der Kohlenersparnis sind vom gestrigen Montag an Einschränkungen im Personenverkehrsplan eingetreten, die voraussichtlich ab Donnerstag, 1. Februar, durch Ausfall weiterer Züge verschärft werden. Die auf den einzelnen Strecken ausfallenden Züge werden durch Anschlag auf den Stationen bekanntgegeben.

— Freispende zur Förderung von Liebesgaben ins Ruhrgebiet. Amlich wird mitgeteilt: Mit sofortiger Wirkung, zunächst bis 31. März 1923, werden die für die notleidende Bevölkerung im Ruhrgebiet unentgeltlich gesammelten Liebesgaben freispende befördert. Das Jugeland ist ausgedehnt auf Getreide und auf lebende Tiere je in Wagenladungen. Die Beigabe eines statistischen Wertblattes ist nicht nötig. Auch Elgut wird freispende befördert. Die Freispendebriefe müssen unter der Inhaltsangabe den Zusatz erhalten: „Freiwillig gespendete Gaben zur unentgeltlichen Verteilung durch die Landwirtschaftskammer Westfalen, Provinzialen (Ruhrhilfe)“. Zur Aufgabe der Sendung sind staatliche oder städtische Behörden (Landwirtschaftskammer und ihre Unterstellen, Amts- und Gemeindeverwaltungen, Wohlfahrtsämter usw.) berechtigt.

— Die Verbilligung der Baukosten. Im Reichstagsausschuß für das Wohnungswesen berichtete der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums über die Bemühungen zur Verbilligung der Baukosten, insbesondere der Ziegel und der Erzeugnisse der Zement- und Kalkindustrie. Die Syndikate seien bereit, Verbilligungen für den Kleinwohnungsbau einzutreten zu lassen, jedoch lehnen sie Zwangsengpässe ab. Eine Verbilligung von 30 v. H. der Produkte der Zementindustrie sei möglich. Bei dem Kalksyndikat liege die Sache schwieriger, jedoch solle auch hier eine etwaige Verbilligung von 10 v. H. vorgesehen sein. Mit den Dachziegelherstellern hätten ebenfalls Verhandlungen stattgefunden. Eine Verbilligung von 5-8 v. H. erscheine möglich. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums ergänzte die Ausführungen über die geplante Art der Erhebung der Wohnungsbauabgabe. Die Kosten der Erhebung der Abgabe betragen ungefähr 5-6 v. H. für 1922 seien ungefähr 3/4-4 Milliarden Mk. eingenommen. Das habe aber zur Fertigstellung der Bauten für 1922 bei weitem nicht genügt, so daß das Reich rund 19 Milliarden Mk. vorstufen mußte.

— An die deutsche Jugend. Der Ausschuß der deutschen Jugendverbände, in denen rund 5 Millionen deutscher junger Leute vereinigt sind, erklärt einen Aufruf, in dem es heißt: Deutsche Jugend! Beige jetzt in

unerbittlich aus, indem er, alle seine glänzenden Seiten hervorhebend, Edel förmlich begauderte.

Vite küßte mit dem Baron ins Gelage hinein, ohne zu merken, daß der phlegmatische Dolte sich darüber erbaute. „Bedeuung tragisch, daß man sich in solch verflügtem Raubweiden verlieben mußte!“ meditierte er.

Signorino ließ sich von Reil Grohmann den Reuskopf waschen. Er hatte seit drei Monaten nichts Rechtes mehr zustande gebracht. Sie war unzufrieden mit ihm. „Was machen Sie bloß mit Ihrem Reichtum von Zeit und Talent?“

„Ich verbummle ihn, Meisterin!“ Dabei zeigte er ihr in einem breiten, wahlgefalligen Lächeln die beiden Reihen seiner prächtigen weißen Zähne.

„Schönen Sie sich nicht?“

„Nützlich; aber keine Aussicht auf Besserung, so lange mir Beispiele wie Mumm und Dolte vorankommen.“

„Was haben Sie in der verderbten Studentenatmosphäre zu suchen? Der Künstler gehört in die Kunst.“

„Freilich, Meisterin, Sie wissen nur nicht, wie süß es ist, verflucht zu werden. Jedes — ich will Ihnen keinen Kummer bereiten.“ Und er schaute hoch und teuer, daß er sich in allernächster Zeit befehlen werde. Dabei rollte er die Augen hin, wo die beiden schönsten Mädchen ihrer Schule saßen: Edel und Vite.

„Suchen Sie Motive?“ fragte Reil, ihn durchschauend.

„Schönheit suche ich für meinen Pinsel und meine dürstende Seele. Helfen, raten Sie mir! Soll sie blond und rüchlich, braun und schlau, dorb oder weich sein?“

„Nehmen Sie sich vor der großartigen Vite in acht!“ sagte Fräulein Grohmann. „Sie lobet wie Johanniseuer, nicht länger als die Rosen blühen. Dann reicht sie Ihnen Ihr blutendes Herz zurück. Nicht wahr, Vite?“

Diese schaute herüber. Ihre Waden brannten und ihre Augen strahlten. „Sprechen Sie von mir, Meisterin? Dann wird's wohl stimmen.“

„Wie wäre es denn mit der, die das malerische Dunkelgold in ihrem blondhaar hat?“ Er zwinkerte nach Edel hin. „Ich lasse mich so gern von Ihnen belehren, Meisterin?“

Reil lachte ihm in das lächelnde Spitzbübengeicht. „Geben Sie sich keine Mühe. Meiner! Sie tun

totischer immer das Gegenteil von dem, was ich Ihnen rate.“

Sie traf das Richtige. In derselben Minute noch schlangelte er sich an Vite heran und bat, sie möchte den Baron entlassen und es ein Weibchen mit ihm versuchen.

Vite suchte die Achsel, und während ihre wunderbaren Augen ihn mit Feuer überschütteten, gestand sie bedauernd, daß er zwar hübsch, vornehm, gewandelterte Stimmungsbilder male, eine bronzebraune Löwenmähne habe, die ihr Künstlerauge entzückte; aber für seinen mausegrauen Plasterfuss gehe ihr das Verständnis ab, und an seinem Reichtum von Gehir, das er immer festlich wie ein ausgehungertes Leoparden, schüttelte alles Niedergelien.

In Ermangelung eines Besseren machte Signorino sich an die Wolfert heran. Er witterte in ihr eine abgründige Seele. Wertvoll, bei ihr schlug seine ausgelassene Sprache um; sie wurde ernst und „künstlerisch“. Fräulein Wolfert wollte nun sein Stützenbuch sehen. Er zeigte es ihr. „Reißens flüchtiges Zeug — Augenbildsbilder! Nichts Fertiges. Ein und wieder mal etwas von malerischem Interesse. Ein Dichter würde sagen: Unkraut am Wege.“

Aufmerksam, mit leicht gefalteten Brauen, betrachtete die Wolfert jedes Blatt. Bei seiner kritischen Auseinandersetzung schüttelte sie den Kopf.

„Trotzdem — alles ist künstlerisch, vibrierend vor Geist und Großzügigkeit. Was gäbe ich nicht, nur einmal Neuliches zu schaffen. Aber ich mühe mich bei jeder Kleinigkeit bis zum Stumpfsein ab, und wenn mir etwas lieblich gelingt, triest es vor „Fleiß“ und „Saubereit“. Mein armes Talent hat keine Schwüngen.“

Signorino klappte sein Buch zu. Er stand vor ihr mindestens um einige Zoll größer. Sein Knabengeicht bekam einen männlichen Ernst, und auf seiner Stirn lag etwas wie Weisheit. „Seien Sie ruhig!“ sagte er. „Ich kenne Ihre Art: sie ist mindestens eine eigene. Wäre ich nicht so ein ungewöhnlicher Kunde, ich würde sagen: kommen Sie und malen Sie bei mir! Sie wollen Funken aus dem Stein schlagen, und es wird gelingen. Hinter der spröden Rinde Ihres Talentes lodert das geniale Feuer. Wenn Sie es befeuert haben werden, malen Sie Bilder, die die Leute weinen machen.“

(Fortsetzung folgt.)

